

Die BRD von 1969 bis 1989 – Von Brandt bis Kohl

Dr. Julia Kulbarsch-Wilke



© picture alliance/Klaus Rose

Bestand nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zunächst noch Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung der deutschen Staaten, festigte sich ab Ende der 50er Jahre die Teilung deutlich. Beide Staaten entwickelten sich bald sowohl gesellschaftlich wie auch auf politischer Ebene in gegensätzliche Richtungen. Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der zweiten Hälfte der Teilung und stellt die gesellschaftspolitische Entwicklung der BRD von 1969 bis 1989 in den Fokus.

KOMPETENZPROFIL

Klassenstufe: 9/10

Dauer: 6 Unterrichtsstunden

Kompetenzen: Zeitleiste erstellen, Steckbriefe der Bundeskanzler via Internetrecherche erarbeiten, Plakate zur Sozial- und Wirtschaftspolitik im Zeitraum 1969 bis 1989 erstellen, Plakate zu Krisen und Konflikten erstellen

Thematische Bereiche: Bundestagswahlen 1969–1987, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Gesellschaft und Innenpolitik, RAF-Terror, Vergangenheitsbewältigung, Bürgerbewegungen, Hausbesetzerszene

Medien: Textarbeit, Internetrecherche

Auf einen Blick

Vorbemerkung

Alle Inhalte (und Zusatzmaterialien) finden Sie auch zum Download.

1. Stunde

Thema:	Rückblick auf die Geschichte der BRD bis 1969
M 1	Wichtige Ereignisse in der BRD 1949 bis 1969
M 2	Was geschah dann?
Inhalt:	Die Lernenden erstellen eine Zeitleiste und sortieren anschließend reale Ereignisse bis 1989 aus einer Liste.
Benötigt:	Lexika, internetfähige PCs oder Tablets zur Recherche der Zeitleiste

2. Stunde

Thema:	Wer regierte die BRD von 1969 bis 1989?
M 3	Wer regierte wann?
M 4	Die Kanzler zwischen 1969 und 1989 – Steckbriefe
Inhalt:	Die Lernenden untersuchen die Koalitionsbildungen und erstellen anschließend Steckbriefe zu den Kanzlern der genannten Zeit.
Benötigt:	internetfähige PCs oder Tablets zur Steckbrief-Recherche

3./4. Stunde

Thema:	Wichtigste innen- und gesellschaftspolitische Entwicklungen 1969 bis 1989
M 5	Entwicklungen (I) – Die Wirtschaftspolitik in der BRD 1969 bis 1989
M 6	Entwicklungen (II) – Sozialpolitik in der BRD 1969 bis 1989
M 7	Entwicklungen (III) – Gesellschaftspolitische Entwicklungen 1969 bis 1989
M 8	Entwicklungen (IV) – Umgang mit der DDR
M 9	Bildersammlung 1
Inhalt:	Erstellen von Plakaten zu den innenpolitischen Entwicklungen der BRD.
Benötigt:	Tonkarton, Tapete oder andere große Papierflächen, Scheren, Klebstoff, mehrfach kopiertes M 9 ggf. PC und Drucker für weitere Bilder

5./6. Stunde

Thema: Gesellschaftliche Krisen und Konflikte 1969 bis 1989

M 10 Krisen und Konflikte (I) – RAF-Terror

M 11 Krisen und Konflikte (II) – Bürgerbewegungen

M 12 Krisen und Konflikte (III) – Hausbesetzungen

M 13 Krisen und Konflikte (IV) – Vergangenheitsbewältigung

M 14 Bildersammlung 2

Inhalt: Erstellen von Plakaten zu Krisen und Konflikten in der BRD.

Erklärung zu den Symbolen



Dieses Symbol markiert differenziertes Material. Wenn nicht anders ausgewiesen, befinden sich die Materialien auf mittlerem Niveau.



leichtes Niveau



mittleres Niveau



schwieriges Niveau

M 1

Wichtige Ereignisse in der BRD 1949 bis 1969

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs stand Deutschland vor einem völligen Neuanfang. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 begann ein neues Kapitel deutscher Geschichte. In den folgenden zwei Jahrzehnten prägten politische Weichenstellungen, wirtschaftlicher Aufschwung und gesellschaftlicher Wandel die Entwicklung des jungen Staates.

Aufgaben

1. Vervollständige die Zeitleiste.
2. Recherchiere die fehlenden Daten und Begriffe im Internet oder dem Lexikon.

Zeitleiste

1949: Die Bundesrepublik Deutschland wird am _____ Mai gegründet.

15.09.1949: _____ wird zum ersten Bundeskanzler der BRD gewählt.

ab 1950: Die deutsche Wirtschaft erholt sich schnell. Einer der Gründe für diesen Aufschwung ist die Einführung der _____ Marktwirtschaft durch _____ Erhard.

20.12.1950: Mit Einführung des _____ sollen u. a. Kriegsversehrte finanziell entlastet werden.

_____: In einem ersten Schreiben stellt Josef Stalin Ideen für eine Wiedervereinigung vor (erste Stalin-Note). Dies wird von der BRD abgelehnt.

14.08.1952: Das _____ stellt weitere Zahlungen für Kriegsgeschädigte bereit.

09.10.1953: Konrad Adenauer wird als _____ wiedergewählt.

_____: Mit der Hallstein-Doktrin verzichtet die BRD auf diplomatische Beziehungen zu Drittstaaten, die die DDR als Staat anerkennen. Sie untermauert so ihren _____.

06.05.1955: Die BRD tritt der _____ bei.

_____: Konrad Adenauer wird erneut zum Kanzler gewählt.

1956/57: Durch massive Proteste erkämpfen sich die Arbeiter die _____ im Krankheitsfall zu 90 Prozent des Nettolohnes.

_____: Das 1. Gleichstellungsgesetz erlaubt es Frauen nun, ohne Zustimmung des Mannes einer Arbeit nachzugehen, sofern ihre häuslichen Pflichten nicht vernachlässigt werden.

_____: Der Bau der Berliner Mauer zementiert die deutsche Teilung.

15.10.1963: Adenauer tritt auf Drängen der FDP zurück. Nachfolger wird Ludwig _____.

20.10.1965: Ludwig Erhard wird als Kanzler bestätigt.

30.11.1966: Eine Wirtschaftskrise sorgt für Regierungstreitigkeiten. Die FDP zieht sich aus der Regierung zurück. Erhard muss zurücktreten. Nachfolger wird Kurt Georg _____.

_____: Es bildet sich die erste Große Koalition aus CDU/CSU und SPD. Sie hält bis Ende 1969.

_____: Massive Studentenproteste stoßen gesellschaftliche Veränderungen an.

M 6**Entwicklungen (II) – Sozialpolitik in der BRD 1969 bis 1989**

Zwischen 1969 und 1989 veränderte sich die Sozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland grundlegend. Die Regierung Willy Brandts leitete zu Beginn der 1970er-Jahre zahlreiche Reformen ein, die das gesellschaftliche Leben demokratischer und sozial gerechter gestalten sollten.

Aufgaben

1. Lies den Text und fasse die wichtigsten Informationen stichwortartig zusammen.
2. Stelle dein Ergebnis in deiner Gruppe vor.
3. Erstellt ein Plakat, das die innenpolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in der BRD zwischen 1969 und 1989 darstellt. Präsentiert es in der Klasse.

Ausbau der Sozialleistungen

Mit dem Regierungswechsel 1969 strebte Willy Brandt weitreichende Sozialreformen an. Unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“ sollten Bürgerinnen und Bürger stärker in politische Prozesse und allgemeine Entscheidungen des gesellschaftlichen Lebens eingebunden werden. Ein Mittel hierfür war ab 1970 die Absenkung des aktiven Wahlalters von 21 auf 18 Jahre. Auch das Demonstrationsstrafrecht wurde entschärft. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Betriebsräte erhielten ab 1971 mehr Mitbestimmungsrechte im Betrieb.

Zu den weiteren Reformen Willy Brandts gehörte ab 1971 auch ein Umweltschutzprogramm. Hiermit wurde unter anderem auf die schlechte Luft- und Wasserqualität reagiert. Der Ausstoß von Schadstoffen und Umweltgiften sollte reduziert werden.

Ebenfalls in den 1970er Jahren wurde die Sozialversicherung ausgebaut. Viele Bürgerinnen und Bürger erhielten dadurch unter anderem höhere Renten oder eine bessere Krankenversicherung. Um die Ausbildung von sozial schwächer gestellten Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden zu fördern, wurde ab 1971 das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ins Leben gerufen. Lernende ab Klasse 10 sowie Studierende erhielten nun abhängig vom Einkommen der Eltern einen Zuschuss zur Ausbildung. Dieser Zuschuss war damals noch darlehensfrei, das heißt, er musste nicht zurückgezahlt werden. Ab 1974 musste die Förderung anteilig zurückgezahlt werden.

Mit Wirkung zum 01.01.1975 wurde das Alter zum Erreichen der Volljährigkeit von 21 auf 18 Jahre gesenkt. Am 23.01.1976 wurde das Jugendarbeitsschutzgesetz verabschiedet. Hiernach dürfen Jugendliche nun nicht mehr als an fünf Tagen die Woche und acht Stunden am Tag arbeiten. Zudem erhöhte sich der Urlaubsanspruch für Jugendliche.

Änderungen unter Kohl

Die Staatsverschuldung Deutschlands stieg in den 1970er Jahren immer weiter an. Neben Wirtschafts- und Ölkrise machte die CDU auch die Sozialpolitik dafür verantwortlich. Als Helmut Kohl 1982 zum Bundeskanzler gewählt wurde, wollte er mit Einsparungen die Staatsausgaben senken. Bereits Anfang 1983 traten verschiedene Gesetze in Kraft, die besonders die Sozialausgaben einschränkten. So wurden unter anderem das Wohn- und Kindergeld gekürzt, Rentnerinnen und Rentner mussten in die Krankenkasse einzahlen, gesetzlich Versicherte hatten nun Zuzahlungen für Medikamente und Krankenhausaufenthalte zu zahlen und das BAföG wurde massiv eingeschränkt. Für Schülerinnen und Schüler wurde es nahezu abgeschafft, Studierende mussten das Geld nun in voller Höhe zurückzahlen.

Ab 1986 traten erneut sozialgesetzliche Änderungen in Kraft: Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld (heute: Elterngeld) wurden eingeführt und das Wohngeld wurde erhöht.

Krisen und Konflikte (III) – Hausbesetzungen

M 12

In den 1970er- und 1980er-Jahren kam es in vielen deutschen Städten zu einer Welle von Hausbesetzungen.

Aufgaben

1. Lies den Text und fasse die wichtigsten Informationen stichwortartig zusammen.
2. Stelle dein Ergebnis in deiner Gruppe vor.
3. Erstelle ein Plakat, das die gesellschaftlichen Krisen und Skandale in der BRD zwischen 1969 und 1989 darstellt. Präsentiert es in der Klasse.

Definition und Hintergrund

Unter einer Hausbesetzung versteht man das illegale Bewohnen von eigentlich leerstehenden Häusern. In Deutschland war die Hausbesetzerzene besonders in den 1970er und 1980er Jahren aktiv. Die meisten Hausbesetzerinnen und Hausbesetzer wollen in der Regel auf zu hohe Mieten oder Wohnraummangel aufmerksam machen. Besonders bekannte Hausbesetzungen gab es in Hamburg und Berlin. Aber auch in Köln, Frankfurt und anderen deutschen Städten kam es zu verschiedenen Hausbesetzungen. Auch heute noch besetzen Menschen immer wieder leerstehende Gebäude, um gegen deren Abriss oder Mietpreisanstieg zu protestieren. Dieses geschieht jedoch nicht mehr in dem Ausmaß der 70er und 80er Jahre.

Häuserkampf Berlin

Bereits Mitte der 1960er Jahre beschloss der Berliner Senat, flächendeckend ältere Häuser abzureißen und gegen Neubauten auszutauschen. Die bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner mussten ausziehen. Die nun entmieteten Häuser standen über Jahre leer. Ab 1971 besetzten junge Menschen dann das „Bethanien“ – das ehemalige Schwesternwohnheim eines Krankenhauses. Weitere Häuser folgten. Mitte 1981 waren in Berlin über 160 Häuser illegal besetzt. Es kam dabei immer wieder zu gewaltsamen Räumungen durch die Polizei. Aber auch die Besetzer wehrten sich – teilweise mit Gewalt und Straßenschlachten. Als im September 1981 ein Demonstrant im Zuge einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit der Polizei starb, änderte sich die Lage. Die Besetzungen neuer Häuser nahm ab, die Stadt schloss mit vielen der Besetzer Mietverträge, andere Häuser wurden geräumt und/oder saniert.

Hausbesetzungen in Hamburg

In Hamburg gab es ab den 70er Jahren immer wieder Hausbesetzungen, besonders aktiv wurde die Szene aber ab 1981. Hier wurden insbesondere aus Protest gegen den Leerstand zahlreiche Häuser an der Hafenstraße von Jugendlichen und jungen Erwachsenen besetzt. Die 1982 gewaltsam geräumten Häuser wurden kurz darauf erneut besetzt. Es folgten über ein Jahr lang zahlreiche Auseinandersetzungen zwischen Besetzern und der Polizei, die oft mit Gewalt ausgetragen wurden. 1983 erhielten die Bewohnerinnen und Bewohner in der Hafenstraße befristete Mietverträge über drei Jahre – doch der Konflikt bestand weiter. Immer wieder kam es zu Straßenschlachten. Als die Verträge 1986 ausliefen, eskalierte die Situation. Über 12.000 Menschen demonstrierten im Dezember 1986 für den Erhalt der Häuser in der Hafenstraße. Die Polizei reagierte teilweise mit brutaler Gewalt gegen die Demonstrierenden. Ein Jahr später drohte erneut die Räumung, was die Besetzer mit der Errichtung von Straßenbarrikaden beantworteten. Nach zähen Verhandlungen gelang Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi schließlich eine Einigung: Die Besetzer würden neue Verträge erhalten, wenn sie die Barrikaden abbauten. Am 22. November 1987 konnte so der Konflikt beigelegt werden.